



Aktion Kinder- und Jugendschutz

Landesarbeitsstelle Schleswig-Holstein e.V.
Benjamin Holm
Flämische Straße 6–10
24103 Kiel

Tel: 0431 | 26068-79
Fax: 0431 | 26068-76
holm@akjs-sh.de
www.akjs-sh.de

26.2.2026

PRESSEMITTEILUNG

**Zur Anhörung im Sozialausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags am 2. März 2026
AKJS SH und Kinderschutzbund sprechen sich gegen pauschale Social-Media-Verbote aus**

Anlässlich der Anhörung im Sozialausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags am Montag den 2. März zu den Drucksachen 20/3600 („Schutz von Kindern und Jugendlichen vor negativen Auswirkungen sozialer Medien“) und 20/3623 („Sicheren und kompetenten Umgang mit sozialen Medien stärken“) beziehen die Aktion Kinder- und Jugendschutz Schleswig-Holstein (AKJS SH) und der Kinderschutzbund Landesverband Schleswig-Holstein gemeinsam Stellung.

„Die Sorgen um die Auswirkungen exzessiver Social-Media-Nutzung auf Kinder und Jugendliche sind ernst zu nehmen. Pauschale Verbote sind jedoch weder wirksam noch mit den Kinderrechten vereinbar“, erklärt Benjamin Holm, Geschäftsführer der AKJS SH.

In ihrer gemeinsamen Stellungnahme machen die beiden Fachorganisationen deutlich, dass digitale Räume heute selbstverständlicher Bestandteil der Lebenswirklichkeit junger Menschen sind. Kommunikation, Identitätsentwicklung, politische Meinungsbildung und soziale Teilhabe finden zunehmend auch online statt. Ein generelles Verbot würde Kinder und Jugendliche aus zentralen gesellschaftlichen Räumen ausschließen und könnte insbesondere benachteiligte junge Menschen zusätzlich marginalisieren.

Statt Verbotsdebatten fordern AKJS SH und Kinderschutzbund einen risikobasierten, altersdifferenzierten Ansatz, der Schutz, Förderung und Teilhabe zusammendenkt. Grundlage hierfür ist der bereits geltende europäische Rechtsrahmen, insbesondere der Digital Services Act (DSA), der Plattformanbieter verpflichtet, Minderjährige wirksam zu schützen.

„Der politische Handlungsrahmen existiert bereits. Entscheidend ist jetzt die konsequente Durchsetzung des Digital Services Act und eine klare Verantwortungsübernahme der Plattformbetreiber“, so Holm weiter.

Plattformen müssten nach dem Prinzip „Kinderrechte by Design“ gestaltet werden – mit altersgerechten Voreinstellungen, transparenten Algorithmen und wirksamen Schutzmechanismen gegen manipulative Designs.

Gleichzeitig betonen beide Organisationen die Bedeutung struktureller Medienbildung: Medienkompetenz müsse verbindlich in Schule und Kita verankert, pädagogische Fachkräfte entsprechend qualifiziert und Beratungsangebote flächendeckend ausgebaut werden.

AKJS SH und Kinderschutzbund appellieren an die Landespolitik, undifferenzierten Social-Media-Verboten eine klare Absage zu erteilen und stattdessen auf eine Kombination aus konsequenter Plattformregulierung, Stärkung der Aufsichtsbehörden, verbindlicher Medienbildung und kindgerechter Ausgestaltung digitaler Räume zu setzen.

„Kinder und Jugendliche brauchen Schutz – aber sie brauchen ebenso Beteiligung, Befähigung und sichere digitale Teilhabe. Einfache Lösungen greifen bei komplexen Herausforderungen zu kurz“, betont Benjamin Holm abschließend.

Kontakt:

Aktion Kinder- und Jugendschutz Schleswig-Holstein e. V.

Benjamin Holm, Geschäftsführer

Flämische Straße 6–10, 24103 Kiel

0431/26068-79

Mobil: 0155 65350169

benjamin.holm@akjs-sh.de